

Kapitalismus tötet

Atomkonzerne enteignen

Abschalten kann man nur, was einem gehört



„Die Kernkraftwerke sind sicher.“ So die Noch-Umweltministerin von Baden-Württemberg, Tanja Gönner (CDU) am 14. März in der Stuttgarter Zeitung. Ja, die Atomkraftwerke sind sicher – todsicher.

von Aron Amm, Berlin

Japan ist ein hoch entwickeltes Industrieland. Wenn dort eine Atomkatastrophe möglich ist, dann ist so etwas überall möglich. Jedes der 17 deutschen Atomkraftwerke, jedes der weltweit 438 Atomkraftwerke ist eine tickende Zeitbombe.

Alle Atomkraftwerke jetzt abschalten!

Selbst im Normalbetrieb kommt es zu radioaktiver Strahlung. Die Zahl der Krebserkrankungen von Kindern unter fünf Jahren liegt im Fünf-Kilometer-Umkreis von deutschen Atomkraftwerken um 60 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt. Jedes Kernkraftwerk produziert Atom- müll, das die Menschheit Zehntausende von Jahren bedroht.

Zeitweise waren bis zu Sieben der 17 Meiler in den letzten Jahren aufgrund von Sicherheitsmängeln monatelang überhaupt nicht am Netz. Trotzdem ging hier kein Licht aus. Grund sind die gewaltigen Überkapazitäten. Die Bundesrepublik ist sogar Stromexporteur.

Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführen!

Es gibt Alternativen zum Atomstrom! Trotzdem wird eisern an der Atompolitik festgehalten. Warum? Weil es um viel Geld geht. Die großen Stromkonzerne RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall beherrschen 80 Prozent des deutschen Strommarktes. Sie verdienen an einem

Kernkraftwerk pro Tag bis zu einer Million Euro. Die Laufzeitverlängerung spült der Atomlobby nochmal 58 bis 94 Milliarden Euro in die Kassen (Quelle: Öko-Institut Darmstadt).

Zur Atommafia gehören aber nicht nur die Stromriesen. Es existiert eine enge Verflechtung zwischen den Spitzen der Energiekonzerne und den Vorstandsetagen anderer Unternehmen. Für Daimler, Siemens und Co. sind die Atomkraftwerke ebenfalls Geldesel. Während die Stromrechnungen der Normalverbraucher ständig steigen, bekommen die Großkunden enorme Rabatte.

Dazu kommen die Verquickungen von Politikern und Unternehmern. So steht Stefan Mappus von der CDU noch immer auf der Personalliste von Siemens. Kein Wunder, dass er – als direkt an die Politik „ausgeliehener“ Vertreter des Siemens-Konzerns – ein besonderer Verfechter der Laufzeitverlängerung war.

Solange die Atommafia nicht entmachtet ist, können wir zwar mal ein Moratorium erreichen, wenn die Kapitaleigner besonders unter Druck stehen. Aber die große Bevölkerungsmehrheit, die gegen Atompolitik eingestellt ist, hat es heute nicht in der Hand, die Kernkraftwerke stillzulegen. Darum gehören die privaten Energiekonzerne, aber auch die großen Banken und Konzerne – die von der Atompolitik profitieren – enteignet. Denn abschalten lässt sich nur, was einem auch gehört. Schluss

mit Privilegien! Die Energiebetriebe gehören demokratisch kontrolliert und verwaltet – durch Belegschaftskomitees, VertreterInnen der arbeitenden Bevölkerung, Umweltschutz- und Verbraucherverbände.

Kapitalismus abschalten!

Genau 25 Jahre ist es her, dass es in Tschernobyl zum Super-GAU kam. Damals hieß es: „Das kann nur in der Sowjetunion passieren.“ Aber die Katastrophe von Fukushima ereignet sich nun in einem der modernsten kapitalistischen Länder der Welt. Wie skrupellos die Konzerne sind, zeigt sich auch daran, dass Siemens gerade in Brasilien – ebenfalls in einem von Erdbeben gefährdeten Gebiet – einen

neuen Reaktor (Angra 3) bauen will. Weltweit befinden sich 65 neue Atommeiler im Bau, 27 davon in China. Weitere sind geplant, selbst im Iran – einer extrem erdbebengefährdeten Region.

Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode – frei nach Shakespeare. Solange Kapitalinteressen, Konkurrenzkampf und Kapitalismus fortbestehen, solange werden wir zwangsläufig weiter mit Ausbeutung, Kriegen, Umweltzerstörung und atomaren Katastrophen konfrontiert sein. Entweder wir schaffen den Kapitalismus ab oder der Kapitalismus schafft uns ab. Die Alternative zum kapitalistischen Wahnsinn ist eine sozialistische Demokratie – weltweit.



SOZIALISMUS TAGE 2011

22. bis 24. April in Berlin

Ein Wochenende voller Informationen, Diskussionen und Debatten über eine Alternative zum Kapitalismus.

unter anderem: Europa im Widerstand - Bildungsproteste - Revolutionen in der arabischen Welt - 140 Jahre Pariser Kommune - Kampf gegen Atomkraft - Die LINKE. - Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus? - Was steckt hinter der Integrationsdebatte? - Eurokrise ohne Ende - Konzert und vieles mehr.

Hinkommen - Mitreden - Aktiv werden!
Informationen unter www.sozialismustage.de

Wofür wir kämpfen

Kein Arbeitsplatz ist mehr sicher. Alle sozialen Rechte sind bedroht. Die Umwelt geht kaputt. Eine kleine Minderheit besitzt die Banken und Konzerne und hält die wirtschaftliche Macht in ihren Händen.

Die SAV ist der Ansicht, dass gegen jede Verschlechterung und für jede Verbesserung gekämpft werden muss – nicht vereinzelt, sondern gemeinsam und organisiert. Dafür ergreifen wir Initiativen, dafür sind wir aktiv in der Partei DIE LINKE und in den Gewerkschaften. Alle Erfahrungen zeigen aber: Der Kapitalismus kann nicht zu einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine andere, sozialistische Gesellschaft zu verbinden.

Sozialismus heißt, dass planmäßig nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird, unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. In der DDR gab es keinen Sozialismus. Dort herrschte eine abgehobene Bürokratie.

Die Diktatur der Konzerne muss überwunden werden. Weltweit. Dafür bedarf es einer internationalen marxistischen Organisation. Das Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) will eine solche aufbauen. Die SAV ist Teil des CWI.

Arbeit, Bildung und Soziales

- Weg mit Agenda 2010 und Hartz I bis IV
- Mindesteinkommen von 750 Euro netto plus Warmmiete
- Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde als erster Schritt zu einem Mindestlohn von 12 Euro
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – in Ost und West
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Soziales, Bildung und Umwelt
- Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheits- und Bildungswesen
- Drastische Besteuerung von Gewinnen, Vermögen und hohen Einkommen
- Nein zu Privatisierung – Rücküberführung privatisierter Betriebe in öffentliches Eigentum

Umwelt und Abrüstung

- Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien
- Abschaltung aller AKWs
- Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Gegenwehr

- Für die aktive Teilnahme der Partei DIE LINKE an Protesten auf der Straße und in Betrieben
- Keine Beteiligung der LINKEN an Regierungen mit Sozialabbau-Parteien, egal ob als Koalition oder Tolerierung
- Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften
- FunktionärInnen dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Tariflohn
- Gleiche Rechte für alle – gegen jede Form der Diskriminierung auf Grund von Nationalität, Geschlecht, Behinderung oder sexueller Orientierung

Sozialismus

- Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum
- Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Durchschnittlicher Tariflohn und jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit aller Personen in Leitungsfunktionen
- Statt Produktion für den Profit – Planung der Produktion nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur
- Für eine sozialistische Demokratie weltweit

Sofort-Alternativen zum Atomkraft-Wahnsinn

Für eine weltweite umweltschonende und sozialistische Energieplanung

Nehmen wir an, man würde entdecken, dass das Haus, in dem man wohnt, auf einer Bombe aus dem Zweiten Weltkrieg steht. Niemand wüsste, ob und wann der Zünder durchrostet und die Bombe explodiert, nur dass sie prinzipiell jederzeit explodieren kann - in den nächsten Jahren oder den nächsten Sekunden. Wie lange würde man in diesem Haus wohnen bleiben? Wie schnell würde man umziehen, wenn in der Nähe eine vergleichbares, aber sicheres Haus als Alternative stünde? Erst in zehn, zwanzig Jahren oder sofort?

von Georg Kümmel, Köln

Alle Atomkraftwerke sind Megabomben, die jederzeit hochgehen können. Deshalb müssen sie abgeschaltet werden, alle, sofort. Zu den unzähligen Lügen von Atomkonzernen und Regierung gehört auch die Behauptung, man könne nicht sämtliche Atomkraftwerke in Deutschland sofort abschalten. Es geht, wenn man es will.

Strom im Überfluss

Betrachten wir die Fakten: Der Spitzenwert beim Stromverbrauch in Deutschland beträgt rund 82 Gigawatt (GW). Die Gesamtkapazität aller Kraftwerke in Deutschland beträgt 156 GW. Davon sind 19,6 GW Atomkraft, 78 GW Kohle, Gas, Öl und Wasserstoff, 9,4 GW Wasserkraft (davon 4,4 GW Laufwasserkraftwerke, 5 GW Pumpspeicherkraftwerke), 27,7 GW Wind, 17 GW Photovoltaik und 5 GW Biomasse (Quelle: spiegel-online, 17. März 2011).

Nimmt man den ungünstigsten Fall an: An einem kalten Januartag um die Mittagszeit würden 82 GW Strom benötigt, die Sonne wäre hinter dunklen Wolken und in ganz Deutschland würde kein Wind wehen.

Wenn alle Atomkraftwerke abgeschaltet wären, würden immer noch 92,4 GW Leistung zur Verfügung stehen, nämlich aus Kohle-, Gas, Öl, Wasserstoff, Wasserkraft und Biomasse, also aus Quellen, die wetterunabhängig sind. Das heißt: Selbst im ungünstigsten Fall gibt es auch ohne Atomstrom noch genügend Kapazitäten um den Strombedarf zu decken. Das ist heute schon so, ohne jede zusätzliche Energiesparmaßnahme.

Nachteil beim verstärkten Einsatz von Kohle- und Gaskraftwerken wäre, dass entsprechend mehr klimaschädliches CO₂ entstehen würde. Um das zu vermeiden, müsste man in einen Bereich eingreifen, der in der energiepolitischen Diskussion allgemein tabu ist: In die Produktion. Industrie, Handel und Gewerbe verbrauchen nämlich 61 Prozent des Stroms (Private Haushalte 27 Prozent, Verkehr 3 Prozent, öffentliche Einrichtungen 8 Prozent - Quelle: wikipedia).

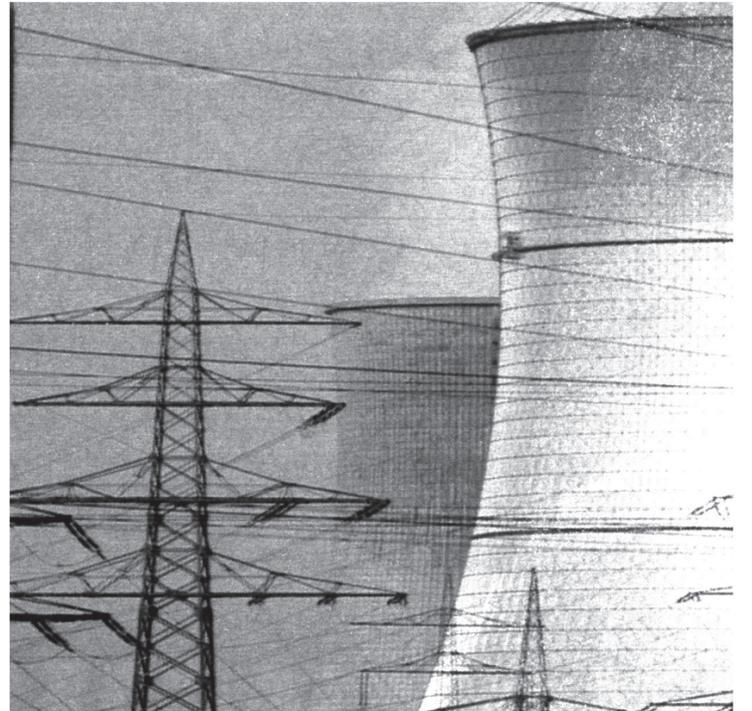
Dort liegen also die größten Einsparpotenziale und zwar ohne Verlust an Lebensstandard - im Gegenteil. Energie könnte gespart werden, Mensch und Umwelt würden gewinnen. Teilweise sogar von heute auf morgen. Beispiel Werbung: Die Produktion der unzähligen Prospekte und Werbebeilagen könnte sofort gestoppt werden. Leuchtreklame sofort abgestellt werden. Beispiel Rüstung: Die Rüstungsproduktion könnte sofort eingestellt werden. Das würde ebenfalls Energie und Ressourcen sparen.

Um zu einer Lösung zu kommen, muss man aufhören, im Rahmen des Kapitalismus zu denken und zu handeln. Dieses System bietet uns nur zwei Alternativen: Kurzfristig weiter das sehr hohe Risiko für Menschen und Umwelt bei einer Reaktorkatastrophe getötet beziehungsweise vergiftet zu werden, langfristig die sichere Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die Klimakatastrophe. Genau genommen beschert uns der Kapitalismus eine Kombination von beiden.

Alternativen sind machbar

Seit Jahrzehnten existieren die technischen Möglichkeiten, um aus der Wärmestrahlung der Sonne den Bedarf der ganzen Welt an Strom, Heizung und sonstiger Energie zu decken. Die Energie, die die Sonne jeden Tag auf die Erde einstrahlt, ist 7.000 bis 10.000 Mal so groß wie der derzeitige Weltenergieverbrauch (für Strom, Heizung, Verkehr etc. zusammen). Natürlich kann man nur einen kleinen Teil davon technisch nutzen, aber weniger als ein Tausendstel ist ja auch mehr als ausreichend.

Aber warum wird weiter jeden Tag Öl und Gas verbrannt, als ob es kein Morgen gäbe? Im Kapitalismus geht es nicht um die Erzeugung von Energie, sondern um die Erzeugung von Profit. Konsequenterweise wird die Art der Energieerzeugung gewählt, mit der sich ein Maximum an Profit erzielen lässt. Die Kapitalbesitzer wollen ihr Kapital vermehren und ihren Profit maximieren. Dabei handeln sie nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“, und es ist eine bittere Ironie der Geschichte, dass man das inzwischen wörtlich verstehen muss.



Atomstrom ist gefährlich, aber profitabel für Konzerne: Von 2002 bis 2008 erwirtschafteten die Betreiber von Atomkraftwerken EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall fast 100 Milliarden Euro Gewinn. Das Risiko tragen wir.

Profitlogik

Aber der Kapitalismus ist zur Not auch flexibel. In Deutschland gibt es zu wenig billige heimische Kohle- und Ölvorkommen. Deshalb hat man aufgehört, die Nutzung von Wind- und Sonnenenergie zu verteuern und zu verhindern. Im Gegenteil: Man wittert ein Geschäft und investiert sogar. Aber weil es wiederum nur ums Geschäft geht, bleibt die Umwelt wieder auf der Strecke: Statt vieler, kleiner Windräder, die sich in die Umgebung einfügen, wird gleich die ganze Landschaft mit Windparks zugestellt. Statt Stromkabel unterirdisch zu verlegen, wird die Landschaft mit gigantischen Strommasten verschandelt. Das große Kapital ruft nach großen Investitionen und noch größeren Profiten. Ergebnis: Es entstehen gigantische Biogasanlagen, die mit Mais oder anderen Pflanzen besetzt werden. Jüngste „Errungenschaft“: Öfen, in denen im großen Stil Getreide verbrannt wird, um Strom zu erzeugen. Für das Wachstum von Mais und Getreide werden die Böden mit Stickstoff überdüngt und mit Spritzmitteln getränkt, was in der Konsequenz zur Verseuchung des Trinkwassers führt.

Wie würde eine sozialistische Energiepolitik aussehen?

Erstes Ziel einer sozialistischen Energiepolitik wäre: Energie sparen. Die Einsparpotenziale sind gewaltig, heute werden Güter um den halben Erdball transportiert, nur um Lohnunterschiede zwischen verschiedenen Standorten auszunutzen. Die gesamte Produktion würde umgestellt: Langlebige Güter statt Wegwerfartikel, optimale Dämmung aller Häuser und Gebäude, Umstellung des Verkehrssystems. Alle verfügbaren Ressourcen der Gesellschaft würden sinnvoll und planmäßig eingesetzt. Heute brüstet sich die Regierung damit, dass in Deutschland 380.000 Menschen im Bereich erneuerbarer Energien arbeiten. Offiziell zehnmal, tatsächlich zwanzigmal mehr Menschen sind gleichzeitig auf der Suche nach sinnvoller Arbeit!

Was nach Ausschöpfung aller Sparpotenziale an Energiebedarf übrig bliebe, müsste aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden: Windkraft, Wasserkraft, Wärmestrahlung (Sonnenkollektoren, Solarzellen), Biomasse (Holz, Pflanzenreste), Erdwärme, Ausnutzung von Ebbe und Flut durch Gezeitenkraftwerke

Sozialistische Energiepolitik heißt, alle Möglichkeiten miteinander zu kombinieren, lokal und global. Sonnenkollektoren

und Solarzellen, Wasserstoffgas aus Sonnenkraftwerken in der Sahara, Erdwärme aus geologisch günstigen Regionen...

Wichtig wäre dabei, dass in der Gesellschaft demokratisch diskutiert und entschieden werden könnte, welche Techniken in welcher Kombination am geeignetsten wären. Das Wissen und die Initiative der Menschen als ProduzentInnen und VerbraucherInnen würden eingesetzt, um die intelligentesten Lösungen zu finden.

Stalinismus unfähig

Aber warum wurden in den Staaten des Ostblocks, in denen der Kapitalismus abgeschafft war, in der Energieversorgung ähnlich umweltzerstörende Wege gegangen wie im Westen? Weil in diesen Ländern die Wirtschaft nicht demokratisch, sondern zentral bürokratisch geplant wurde. Mit solchen Kommando-Methoden kann man es gerade noch schaffen, den Bau von wenigen riesigen Kohle- und Atomkraftwerken zu organisieren.

Demgegenüber ist die Sonnenenergie ihrer Natur nach dezentral, sie scheint für jeden, der Wind bläst überall. Um dieses Potenzial zu nutzen, bedarf es zwar zum Teil einer zentralen Planung, zum Beispiel um die Verteilung der Ressourcen und Arbeitskräfte für den Bau von Windrädern und Sonnenkollektoren zu organisieren. Gleichzeitig erfordert die optimale Nutzung der Unterschiede bei den lokalen oder regionalen Möglichkeiten die Beteiligung und Initiative der gesamten Gesellschaft. Gleiches gilt für das Energiesparen. Das ist mit der Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit in der Gesellschaft unvereinbar, dies gilt sowohl im Stalinismus als auch im Kapitalismus.

Sozialismus weltweit

Wir brauchen also eine Umstellung der gesamten Produktion, radikal und schnell. Umstellen kann man aber nur, was einem gehört. Die Energiekonzerne, aber auch die Auto-, Chemie-, Werbeindustrie, usw. müssen deshalb in Gemeineigentum überführt, demokratisch kontrolliert und verwaltet werden. Nicht nur in Deutschland sondern international.

Angesichts von weltweit 438 Atomkraftwerken und der ungebremst fortschreitenden Aufheizung des Klimas schauen die Menschen überall mit Angst und Sorge in die Zukunft. Ein gemeinsamer, internationaler Kampf gegen den kapitalistischen Wahnsinn ist nötig. Jetzt sofort.

Forderungen der SAV

- Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke
- Atommülltransporte stoppen
- Überführung aller Energiekonzerne in Gemeineigentum
- Rauswurf aller Vorstände und Aufsichtsräte
- Keine Arbeitsplatzvernichtung bei der Schließung von AKW, bei der Rekommunalisierung oder Umstellung auf erneuerbare Energien. Garantierte unbefristete Ersatzarbeitsplätze für alle Beschäftigten ohne Lohnverluste und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.
- Umstellung auf regenerative Energien. Massive Steigerung der öffentlichen Forschungsausgaben.
- Öffentliches Investitionsprogramm zur Energieeinsparung durch Wärmedämmung, Erneuerung von Heizungsanlagen, Wärmerückgewinnung, Kraft-Wärme-Kopplung.
- Energiesparende Umstellung der gesamten Produktion und des Verkehrssystems. Ausbau des Schienennetzes, ÖPNV zum Nulltarif.
- Demokratische Verwaltung und Kontrolle der gesamten Wirtschaft durch demokratisch gewählte Belegschaftsvertreter sowie Vertretern von Verbrauchern und Umweltschutzorganisationen. Diese gewählten Vertreter dürfen nur einen Durchschnittslohn für ihre Tätigkeit bekommen und müssen jederzeit rechenschaftspflichtig und abwählbar sein.
- Aufstellung eines weltweiten gesamtgesellschaftlichen, umweltschonenden Energieplans.

Wie den Kampf gegen Atomkraft ausweiten?

Die Katastrophe in Japan macht deutlich: Mit der Nutzung von Atomkraft sind die Kapitalisten bereit das Leben von Millionen zu gefährden, um Milliarden zu verdienen. Damit muss Schluss sein. Doch jede Regierung bewegt sich nur, wenn wir massenhaften Widerstand leisten.

von Holger Dröge, Berlin

Im letzten Jahr ist die Bewegung gegen Atomkraft deutlich stärker geworden. Das hat sich vor allem bei den eindrucksvollen Aktionen rund um den Castor-Transport ins Wendland im Herbst 2010 gezeigt. Trotzdem hält die Bundesregierung an ihrer Atompolitik fest. Daran ändert auch das jetzige Moratorium nichts. Merkel und Andere wollen an der Atomkraft wollen festhalten. Deswegen muss unsere Antwort sein: Den Widerstand stärken, um Atomkraft endgültig abzuschalten.

Demonstrationen sind gut geeignet, um das Thema in die Öffentlichkeit zu rücken und politischen Druck aufzubauen. Was die Herrschenden aus diesem Druck machen, bleibt unklar. Erfahrungsgemäß können wir nicht mehr als leere Versprechungen erwarten.

Widerstand ausweiten

Erfolgreich war Widerstand gegen Atomkraft vor allem dann, wenn nicht nur demonstriert wurde. Mit radikalen Massenprotesten konnten bedeutende Erfolge erzielt werden. Zum Beispiel in der Bundesrepublik der achtziger Jahre. Damals wollte die deutsche Atomlobby 80 neue Meiler bauen. Natürlich kann niemand sagen, wieviele Atomkraftwerke ohne Proteste wirklich hochgezogen worden wären. Aber der Bau einer ganzen Reihe der ursprünglich geplanten Anlagen wurde dank des Auftritts nicht in Angriff genommen.

So sollte im bayerischen Wackersdorf eine Wiederaufbereitungsanlage für Atomabfall errichtet werden. Großproteste von Atomgegnern – und zwar nicht nur von auswärtigen DemonstrantInnen, sondern auch von großen Teilen der Bevölkerung vor Ort – sorgten dafür,



Mehr als 6500 Gewerkschafter protestieren am 29. September 2010 vor dem Stahlwerk in Salzgitter gegen die Kürzungspolitik der Bundesregierung und längere Atomlaufzeiten

dass die Anlage nach langen Kämpfen nicht fertiggestellt werden konnte. Auch in Whyl konnte der Bau eines Atomkraftwerks durch Massenblockaden und Besetzungen des Baugeländes gestoppt werden.

Blockieren

Die sofortige und endgültige Abschaltung der Atomkraftwerke wird nicht durch Massendemonstrationen allein erreicht werden. Dazu bedarf es auch Massenblockaden von Atomkraftwerken und allen Atomabfall-Transporten. Wir unterstützen daher die Blockaden der Castor-Transporte. Im November 2011 wird der nächste Transport nach Gorleben laufen. Diesen gilt es entschlossen zu blockieren. Wenn es legal sein soll, das Leben von Millionen durch Atomkraft gefährden, dann setzen wir uns, auch mit Aktionen des zivilen Ungehorsams, dagegen zur Wehr.

Streiken

Die Erfolge, die die Anti-Atom-Bewegung erzielen konnte, sind ein guter Beweis dafür, dass Widerstand sich lohnt. Jedes verhinderte Atomkraftwerk

ist wichtig. Dass die Kapitalisten aber vehement an der Atompolitik festhalten wollen, zeigt, dass der Widerstand weiter ausgeweitet werden muss. Denn mit Atomstrom wird viel Geld verdient.

Eine konsequente Anti-Atom-Bewegung darf deshalb nicht an den Grenzen des Profitsystems halt machen – alles andere führt hin, wo SPD und Grüne heute gelandet sind: Nämlich beim Arrangieren mit den Interessen der großen Banken und Konzerne.

Wir schlagen daher vor, die Bewegung gegen Atomkraft auszuweiten. Nicht nur in einzelnen Gebieten, wie zum Beispiel in Wackersdorf, sondern überregional, auf der Straße, auch in den Betrieben muss massenhafte Gegenwehr entwickelt werden. Wir wollen die Herrschenden dort treffen, wo es ihnen wehtut: Bei ihren Gewinnen.

In Salzgitter beteiligten sich seit 2000 mehrfach tausende Beschäftigte von Volkswagen und anderen Metallbetrieben an Demonstrationen während der Arbeitszeit gegen das geplante Atomabfall-Endlager Schacht KONRAD und die Atompolitik. Dabei wurde auch die Verbindung zu anderen Themen herge-

stellt. Im Aufruf der IG Metall Salzgitter hieß es im Oktober 2010: „Ungerechte Sparpakete, einseitige Belastungen der Beschäftigten bei der Gesundheit, Rente erst mit 67 und eine unverantwortliche Energiepolitik mit längeren Laufzeiten der Atomkraftwerke - das ist die Bilanz der schwarz-gelben Bundesregierung. Dagegen müssen wir uns endlich gemeinsam wehren!“

Würden die Gewerkschaften zu Streiks gegen die Castortransporte aufrufen, wären diese schnell Geschichte.

Andere Regierung nötig

Die jetzige Bundesregierung ist mit ihrer Atompolitik lebensgefährlich für uns alle. Auch Rot-Grün hat bewiesen, dass sie keinen tatsächlichen Ausstieg aus der Kernenergie durchsetzen werden.

Wir brauchen eine Regierung, die konsequent Arbeiter- und Umweltinteressen vertritt und bereit ist, sich dafür mit den Kapitalisten und großen Konzernen anzulegen und den Kapitalismus abzuschaffen. Für eine solche Regierung sind Massenbewegungen und der Aufbau einer starken sozialistischen Arbeiterpartei nötig.

Argumente gegen Atomkraft

„Atomstrom ist billig.“

Atomstrom ist hochsubventioniert aus unseren Steuern. Die Betreiber müssen ihre Anlagen gegen Unfälle mit einer Deckungsvorsorge von lediglich 2,5 Milliarden Euro versichern. Eine Prognos-Studie beziffert die finanziellen Schäden eines Super-GAU in Deutschland mit 2,5 bis 6 Billionen Euro. Somit sind weniger als 0,1 Prozent der zu erwartenden Schäden durch die Betreiber versichert. Die Betreiber dürfen zudem Gewinne für die Endlagerung des Atomabfalls und den Abbau der Anlagen zurückstellen, wodurch ihnen 20 Milliarden Euro an Steuern erlassen wurden. Diese Rückstellungen dürfen sie, bis sie benötigt werden, frei investieren.

Atomkraft wurde seit den 50er Jahren weltweit mit etwa einer Billion Dollar an staatlichen Geldern subventioniert. Nur in Deutschland wurden 20 Milliarden Euro öffentliche Mittel in den Bau von Forschungsreaktoren, neun Milliarden Euro in gescheiterte Projekte wie den Schnellen Brüter, Hochtemperaturreaktoren und Wiederaufbereitungsanlagen sowie 14,5 Milliarden Euro in den Rückbau von Atomanlagen und die Erkundung von Endlagerstätten gesteckt.

Fielen die derzeitigen enormen Vergünstigungen für Atomkraft weg – etwa durch eine realistische Deckungssumme bei der Haftpflichtversicherung für Atomkraftwerke, eine Besteuerung der Rücklagen, eine Brennstoffsteuer – wäre Atomstrom unbezahlbar: Die Basler Prognos errechnete schon 1992 einen realistischen Preis von rund Zwei Euro pro Kilowattstunde.

„Atomkraft rettet das Klima.“

Dem Klimawandel durch Ausbau der Atomkraft begegnen zu wollen, hieße, ein Risiko durch ein anderes inakzeptables Risiko zu ersetzen. Aber auch die Fakten lassen die Idee, mit Atomkraft dem Klimawandel zu begegnen, wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Alle 438 Atomkraftwerke der Welt decken mit ihrer Stromproduktion nur etwas mehr als zwei Prozent des gesamten Weltenergiebedarfs. Wollte man diesen Anteil auch nur auf zehn Prozent steigern, müsste man, bei gleichbleibendem Energieverbrauch, rund 1.600 zusätzliche Atomkraftwerke bauen. Die Uranvorräte wären dann in gut zehn Jahren aufgebraucht. Anschließend müsste man Alternativen suchen – zum Beispiel die erneuerbaren Energien.

„Atomkraft ist sicher und auf dem neuesten Stand der Technik.“

Nach der offiziellen „Deutschen Risikostudie Kernkraftwerke - Phase B“ ist in einem deutschen Atomkraftwerk bei einer Betriebszeit von rund 40 Jahren mit einer Wahrscheinlichkeit von 0,1 Prozent mit einem Super-GAU zu rechnen. In der Europäischen Union sind mehr als 150 Atomkraftwerke in Betrieb. Die Wahrscheinlichkeit für einen Super-GAU in Europa innerhalb der Zeitspanne liegt damit bei 16 Prozent. Weltweit sind 438 Atomkraftwerke in Betrieb. Die Wahrscheinlichkeit, dass es weltweit in 40 Jahren zu einem Super-GAU kommt, liegt bei 40 Prozent.

Auch in Deutschland ist Atomkraft unsicher. Ob fehlende Schutzhülle, marode Elektrik oder spröder Stahl: Kein einziges Atomkraftwerk in Deutschland ist sicherheitstechnisch auf dem Stand von Wissenschaft und Technik, den das Bundesverfassungsgericht fordert. Als Neubau bekäme wegen der eklatanten Sicherheitsmängel heute keines der 17 Atomkraftwerke in Deutschland nochmals eine Genehmigung.

Die Folgen eines Unfalls können katastrophal sein: Eine Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums hat die zu erwartenden Gesundheitsschäden nach einem schweren Atomunfall in Deutschland abgeschätzt. Für den Fall eines Super-GAU, etwa im Atomkraftwerk Biblis, rechnet sie mit 4,8 Millionen zusätzlichen Krebserkrankungen.

Die Atomlüge von Rot-Grün

Über Reststrommengen und „unvertretbare Risiken“

„Für die SPD und auch für mich ist seit langem klar: Die Risiken der Atomenergie sind völlig unverträglich, und wir müssen so schnell wie möglich dort aussteigen.“ - so Sigmar Gabriel im Interview mit dem SPIEGEL am 12. März 2011. So schnell, wie möglich, bedeutete in der Regierungszeit von 1998 bis 2005 die Abschaltung von ganzen zwei Atomkraftwerken und nach dem Willen von Rot-Grün würde in Deutschland von heute an noch mindestens zehn Jahre Atomkraft (zur Profitmaximierung) genutzt werden. „Die Risiken der Atomenergie sind völlig unverträglich“

von Vik Sersch, Berlin

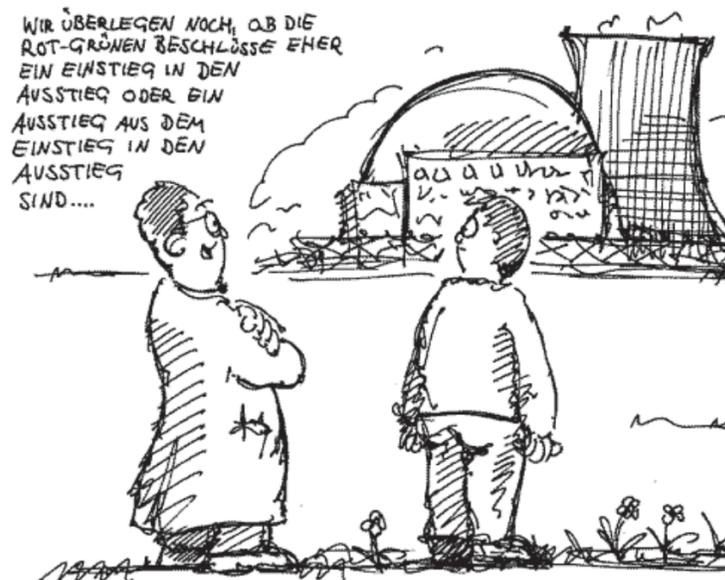
Das von der Rot-Grünen Bundesregierung beschlossene Gesetz zum „Atomausstieg“ sah eine durchschnittliche Laufzeit von 32 Jahren für deutsche Atomkraftwerke vor. Darüber hinaus öffnete die Fokussierung auf „Reststrommengen“ Tür und Tor für Manöver der Atomindustrie um Alt-Atomkraftwerke über die Amtszeit der Rot-Grünen Bundesregierung hinaus zu retten.

Aktuelle Position

Nach dem Super-GAU in Fukushima fordert die SPD und die Grünen bis Redaktionsschluss nur die sofortige Abschaltung der sieben ältesten von insgesamt 17 nicht-stillgelegten Atomkraftwerke in Deutschland. Zehn Atomkraftwerke würden ohne Einschränkungen weiterlaufen.

Hintergrund

Die Atomindustrie hat ein großes Interesse daran Atomkraftwerke möglichst lange zu betreiben, da die größten Kosten durch den Bau und den Rückbau nach der Stilllegung entstehen. Im Betrieb wirft ein einzelnes Atomkraftwerk täglich steuerbereinigt einen Gewinn von etwa einer Million Euro ab. Wie auch an verschiedenen anderen Beispielen, zum Beispiel den „Arbeitsmarktreformen“ (unter anderem Hartz IV) oder den ersten Auslandseinsätzen der Bundeswehr seit bestehen der BRD deutlich wird, sind sowohl die SPD als auch die Grünen nicht bereit sich mit dem Kapital anzulegen. Stattdessen waren sie (und sind immernoch) willige Vollstreckungsgefährten des Kapitals, ob es um Hartz-IV geht oder darum die AtomkraftgegnerInnen bei Atomabfalltransporten durch Polizei wegprügeln zu lassen.



Persönliche Nebeneinkünfte

Persönliche Nebeneinkünfte scheint der Kapital-taugliche Kurs von SPD und Grünen auch abzuwerfen. So hat zum Beispiel Rezzo Schlauch, ein Ur-Gestein der Grünen im Jahr 2006 die Gelegenheit ergriffen eine „wettbewerbsübliche Vergütung“ beim Energiekonzern EnBW (Betreiber der Kernkraftwerke Phillips-

burg, Neckarwestheim und Eigentümer des 2005 abgeschalteten Kernreaktors in Obrigheim) als Mitglied im Beirat des Konzerns abzustauben. Die genaue Höhe dieser Nebeneinkünfte ist unklar, „wettbewerbsüblich“ sind aber einige tausend Euro für die Teilnahme an zwei Sitzungen im Jahr. Natürlich hätte er aber seine „Prinzipien nicht an der Garderobe abgegeben“.

Was du aktiv tun kannst:

Organisieren

Schließe dich mit anderen SchülerInnen, Studierenden, Auszubildenden und jungen Beschäftigten zusammen und gründe eine Jugendinitiative gegen Atomkraft.

Frage bei der SAV, der Partei Die LINKE, Gewerkschaften oder Linksjugend [solid] an, ob so etwas schon in Planung ist. Organisiere Treffen und Diskussionen an deiner Schule, Universität oder in deinem Betrieb.

Mobilisieren

Mobilisiere zu den Groß- und Montagsdemonstrationen in deiner Stadt. Schreibe dafür gemeinsam mit anderen Flugblätter und mache Plakate. Macht eigene Jugendtreffpunkte bei den Demos, um gemeinsam da zu sein und mit Megafonen und anderem Stimmung zu machen.

Große Proteste finden zum Beispiel am Samstag, den 9. April und Montag, den 25. April bundesweit in vielen Städten statt. Infos findest du unter www.ausgestrahlt.de

Aktionen

Führe gemeinsam mit anderen Aktionen gegen Atomkraft durch. Mit Maleranzügen und Schutzmasken kann man Bereiche der Innenstadt absperren, die bei Atomunglücken verstrahlt wären.

Wenn Atomparteien und -konzerne oder Politiker für die Beibehaltung der Atomkraft Stimmung machen, müssen sie mit Besetzungen ihrer Büros rechnen.

Am 28. März und 26. April sind die Jahrestage der Kernschmelzen in Harrisburg und Tschernobyl. Mahnwachen und Aktionen an Schulen und Universitäten könnten darauf aufmerksam machen.

Streik

Diskutiert in der Initiative und in der Schule, wann der beste Zeitpunkt ist, einen Schülerstreik für die Abschaltung aller Atomkraftwerke durchzuführen. Sprecht euch mit anderen Schulen und den Universitäten in eurer Stadt ab. Je mehr gemeinsam auf die Straße gehen, desto besser.

Berichte von vergangenen Schülerstreiks und Tipps findest du auf www.sozialismus.info.

SAV vor Ort

Aachen ☎ 0176 / 49 25 47 34
Berlin ☎ 030 – 440 84 29
Bremen ☎ 0176 – 320 50 301
Bremerhaven ☎ 0176 – 376 958 37
Dortmund ☎ 0178 – 65 92 798
Dresden ☎ 01577 – 296 32 45
Essen ☎ 0201 – 56 33 168
Frankfurt/M ☎ 0172 – 617 89 26
Hamburg ☎ 0176 – 513 95 025
Kassel ☎ 0178 – 66 544 11
Köln ☎ 0221 – 933 78 45
Leipzig leipzig@sav-online.de
München ☎ 01520 – 416 05 91
Rostock ☎ 0381 – 499 65 90
Stuttgart stuttgart@sav-online.de
Tübingen tuebingen@sav-online.de

Weitere Orte:

Augsburg, Bamberg, Celle, Dachau, Freiburg, Göttingen, Halle, Hannover, Husum, Jena, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Marburg, Neumarkt, Neustadt, Nürnberg, Pforzheim, Saarbrücken, Schönau, Siegen, Telgte, Trier, Würzburg

☎ 030 – 247 238 02
info@sav-online.de
www.sozialismus.info

Abschalten! Jetzt!

SchülerInnen, Studierende und Azubis kämpfen gegen Atomkraft!

„Jeder wird allein gelassen sein. Wie schon dieses Mal. Die Politiker werden wieder unfähig sein etwas zu tun. Sie werden abwiegeln und beschwichtigen. Nur keine Panik sagen sie. Unsere Sorge sei verständlich, sagen sie, aber völlig überflüssig. Vor allem soll alles so weitergehen, sagen sie, Nur jetzt noch sicherer.“ (Jugendroman Die Wolke 1987)

von Michael Koschitzki, Berlin

Vor 25 Jahren gab es den Super-GAU in Tschernobyl. Der Atomschock war für uns meist nur eine Erzählung unserer Eltern. Mit dem Unglück in Fukushima erleben wir ihn von Neuem. Der Kampf gegen Atomkraft muss endlich erfolgreich sein.

RWEg und E.OFF

Die Atomlobbyisten sagen, ein Unfall wie in Japan könne in Deutschland nicht passieren: „Der Auslöser der Ereignisse in Japan war eine Verkettung zweier Naturkatastrophen. Eine Verkettung eines derart schweren Erdbebens und eines schweren Tsunamis ist in Deutschland nicht vorstellbar“ (Mitteilung des Deutschen Atomforums). Als könne es zum Sturm keine Flut geben, ist man überrascht von der Katastrophe und davon, dass die Sicherheitstechnik unzureichend war. Auch in Deutschland kann es Erdbeben, Flugzeugabstürze und andere Katastrophen geben. Über 100 Störfälle jährlich zeigen, dass Atomkraftwerke unsicher sind.

Den Konzernen, die mit oder von Atomkraft profitieren und ihren PolitikerInnen, haben wir zu verdanken, dass es 25 Jahre nach Tschernobyl noch Atomkraftwerke gibt. Allein der Konzern E.ON gibt mindestens 200.000 Euro pro Jahr für Parteipenden aus.



Atomausstieg selber machen...

...heißt auch eine Webseite, bei der man zwar etwas über die nächste Demonstration erfährt, aber vor allem aufgefördert wird, den Stromanbieter zu wechseln. Auch wenn das viele mit guten Absichten machen. Das wird aber Atomkraft nicht abschalten.

Atomausstieg selber machen, muss heißen, den Widerstand aufzubauen.

Wir brauchen Massendemonstrationen und zusätzlich Massenblockaden von

Atomkraftwerken und Atommülltransporten. Am effektivsten könnten das die Gewerkschaften mit Streiks organisieren (siehe Seite 3).

Wir können nicht warten. Jeder Tag Atomstrom kann unsere Zukunft zerstören. Den echten Ausstieg müssen wir selbst in Gang setzen, indem wir massenhaft auf die Straße gehen.

Jugendstreiks

In einigen Städten haben SchülerInnen bereits während der Schulzeit gegen Atomkraft demonstriert. Viele Jugend-

liche diskutieren, ob sie Schüler- und Jugendstreiks für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie organisieren. Das ist ein richtiger Schritt und sollte ausgeweitet und bundesweit vernetzt werden.

Wir wollen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Die Herrschenden kümmern sich einen Dreck um unsere Zukunft. Darum müssen wir Ihnen die Rote Karte zeigen und aktiv werden. Wir verweigern unsere Zustimmung, unsere Mitarbeit zu dieser Politik für Profite und Umweltzerstörung.

Für eine kämpferische und konsequent sozialistische LINKE

In den 70er und 80er Jahren konnten zahlreiche Atomprojekte durch Bewegungen gestoppt werden. Trotzdem braucht es auch auf der politischen Ebene eine Interessenvertretung. Und zwar eine Partei, die eine programmatische Alternative zu Atompolitik, Sozialabbau, Lohnraub, Militarismus aufzeigt und die Bewegung politisch stärkt; eine Partei, die AktivistInnen als Forum für inhaltliche Debatten dient; eine Partei, die den etablierten Kräften kontra bietet, die Forderungen des Widerstands in die Parlamente trägt und Mitglieder-, Wähler- und Anhängerschaft aktiv mobilisiert und Kämpfe unterstützt und vorantreibt.

DIE LINKE ist heute der einzige konkrete Ansatzpunkt dafür. Im Gegensatz zu Union, FDP, SPD und Grünen – die alle in den letzten Jahren Atompolitik, Umweltzerstörung, Agenda 2010 und Auslandseinsätze der Bundeswehr mitzuverantworten haben – steht die Linkspartei in Opposition

dazu. DIE LINKE beteiligt sich aktiv an den Protesten, viele ihrer Mitglieder engagieren sich gegen Castor-Transporte, gegen Stuttgart 21 oder spielen eine Rolle in Betrieben, Gewerkschaften oder in den sozialen Bewegungen. Leider nutzt DIE LINKE aber ihre Positionen zu wenig und mobilisiert ihre über 70.000 Mitglieder zu selten in außerparlamentarischen Kampagnen. Zudem beteiligt sie sich in Berlin und Brandenburg an Regierungen, die Privatisierungen und Kürzungen betreiben. Außerdem tritt die Partei nicht offensiv für die Überwindung des Kapitalismus und eine sozialistische Veränderung ein.

Die SAV arbeitet in der LINKEN mit, aber wir machen uns für einen Kurswechsel stark – hin zu einer kämpferischen, sozialistischen Partei, die sich prinzipiell nicht an Regierungen mit Sozialräubern beteiligt und bereit ist, den Konflikt mit den Herrschenden einzugehen.

Das Beispiel Whyl – erfolgreicher Kampf gegen AKW-Bau

Filmtipp

In den siebziger Jahren wollte die CDU-geführte Landesregierung von Baden-Württemberg mit aller Gewalt den Bau des Atomkraftwerks Whyl in der Kaiserstuhl-Region durchbohren. Die Bevölkerung vor Ort und darüber hinaus leistete jahrelang Widerstand. Und zwar erfolgreich – dank Demos, Öffentlichkeitsarbeit, den Schulterschluss mit französischen Umweltschützern, Blockaden von Baufahrzeugen, Besetzungsaktionen des Baugeländes und und und.

Diese über ein Jahrzehnt andauernde Auseinandersetzung ist von der Medienwerkstatt Freiburg dokumentiert worden. Der spannende Film trägt den Titel: „S ‚Wespenäsch (Das Westennest) – Die Chronik von Whyl (1970 bis 1982)“. Entstanden ist das Werk 1982. Es enthält viele Lehren für den

Kampf gegen Stuttgart 21 und andere Großprojekte. Der Film dauert 112 Minuten.

Er kann über die Redaktion bestellt werden.



Mach mit bei den SozialistInnen!

Ich möchte weitere Informationen über euch.

Ich möchte die **solidarität – SOZIALISTISCHE ZEITUNG** abonnieren. (Kosten und Bedingungen für das Abo: 15 Euro für ein Jahr innerhalb Deutschlands, 20 Euro für ein Jahr außerhalb Deutschlands. Das Abo verlängert sich nach Ablauf um ein weiteres Jahr und kann jederzeit gekündigt werden.)

Ich möchte ein **Förderabo der solidarität – SOZIALISTISCHE ZEITUNG** mit einer monatlichen Spende von __ Euro (ab 3 € pro Monat)

Ich will Mitglied der SAV werden

Name
 Straße

PLZ und Ort

Telefon/Email

Dazu ermächtige ich – jederzeit widerruflich – die SAV, 15 € /20 € oder meine regelmäßige Spende von meinem Konto einzuziehen.

Name KontoinhaberIn Kontonummer

Bank Bankleitzahl

Datum Unterschrift

Bitte ausschneiden und senden an:
 SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin oder
 Fax: 030 – 247 238 04



Impressum

Überregionale Monatszeitung, vormals VORAN, erscheint seit 1973, seit April 2002 als **solidarität – SOZIALISTISCHE ZEITUNG**

Erscheinungsweise: Monatlich
 Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
 Bankverbindung: Postbank Essen (BLZ 360 100 43), Konto 2500 59-430

Herausgeber: Sozialistische Alternative (VORAN) e.V.
 Littenstr. 106/107, 10179 Berlin
 Tel.: 030 / 247 238 02
 Fax: 030 / 247 238 04
 E-Mail: redaktion@sav-online.de

Verantwortlicher Redakteur dieser Ausgabe: Holger Dröge

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19. März 2011 – die nächste Zeitung erscheint am 31. März.